

Erhard Eppler

Steuern sind nicht mehr tabu



picture-alliance/dpa

Erhard Eppler

(* 1926) Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit a.D.; war von 1970 bis 1991 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD und von 1973 bis 1992 Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission.

Jeder Haushalt besteht aus Einnahmen *und* Ausgaben. Warum haben wir es dann über Jahrzehnte hingenommen, dass die Europäische Union sich intensiv für die Haushalte interessiert, zum Thema Steuern aber nichts, rein gar nichts zu sagen hat?

Bis zum heutigen Tag kann in der EU ein einziger Staat, und sei er noch so klein, jeden Beschluss zum Thema Steuern verhindern. Daher sind alle Versuche, die Steuern in der EU zu harmonisieren, schon im Ansatz gescheitert, sogar der, lediglich Ober- und Untergrenzen einzuführen. Es ist nicht einmal gelungen – genauer: Es ist nie ernsthaft versucht worden –, den Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern, wenigstens in Europa, zu beenden. Er war von den Marktradikalen gewollt. Je niedriger die Unternehmenssteuern, desto höher das Wirtschaftswachstum – so jedenfalls lautet eines ihrer Dogmen. Sogar als Irland unter den Rettungsschirm der Europäischen Union schlüpfen musste, gelang es nicht, die lächerlich niedrigen Unternehmenssteuern dort zu erhöhen. Solidarität gut und schön, aber es schien wichtiger zu sein, dass das kleine Land auch künftig das Recht hat, denen, die ihm helfen, Investitionen abspenstig zu machen.

Damit kein Land mehr als 3 % seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) an neuen Schulden aufnimmt, muss es eben »sparen«, also seine Ausgaben und damit seine Aufgabungen reduzieren. Steuern zu erhöhen – wenn es nicht gerade die Mehrwertsteuer ist – gilt als altmodisch, als kontraproduktiv. Zwar gibt es in Europa keinen Grover Norquist, der in den USA vor allem den republikanischen Abgeordneten und Senatoren den Eid abnahm und immer noch abnimmt, niemals einer Steuererhöhung zuzustimmen, und der in seiner Brieftasche eine Liste der wenigen Widerspenstigen mit sich führt, die noch nicht geschworen haben. Bis heute gilt jedoch: Eine Partei, die eine Steuer erhöhen will, wird auch in Deutschland sofort als »Steuererhöhungspartei« diskreditiert. Dies warf sogar eine Volkspartei der anderen vor, obwohl beide genau wissen, dass höhere Steuern ihrer Verantwortung eher entsprechen als das weitere »Schuldenmachen«. Auch »Merkozys« Fiskalpakt enthält über Steuern nichts Verbindliches. Was die Haushalte angeht, sollen die nationalen Parlamente ihr Budgetrecht zumindest teilweise an die Union abtreten, aber diese Union ist nicht in der Lage – falls Merkel, Sarkozy und Barroso dies überhaupt jemals wollten –, Einfluss auf die Steuern zu nehmen.

Historiker werden im Rückblick nicht an der Feststellung vorbeikommen, dass diese seltsame Unlogik mit der marktradikalen Epoche zu tun hat, in der

sie sich durchsetzen konnte. Je niedriger die Steuern, desto höher das Wachstum. Also kann man die Steuern nur senken, nicht erhöhen. Und wenn man sie senkt, wächst das BIP so stürmisch, dass der Staat nachher mehr in der Kasse hat. Natürlich hat dies nie auch nur ansatzweise gestimmt. Trotzdem gab und gibt es in Deutschland eine Partei, die in jeder Konjunkturphase massive Steuersenkungen verlangte. Läuft die Konjunktur schlecht, so muss man die Steuern senken, damit sie anzieht. Läuft sie gut, dann hat der Staat genügend Geld, um Steuern zu senken. Und hatte eine Regierung, der diese Partei nicht angehörte, tatsächlich mal die Steuern gesenkt, so war dies viel zu wenig.

Für Marktradikale ist jeder Euro, der sich einmal in eine öffentliche Kasse verirrt, tot, dem Kreislauf entzogen. Dass er nach kurzer Zeit wieder von einer Beamtin ausgegeben wird oder an einen Elektriker fließt, der eine neue Schule mit Leitungen ausstattet, kurz: Dass die Finanzen des Staates Teil der Gesamtökonomie sind, wird einfach unterschlagen. Der »Staat« war – und ist – für Marktradikale ein unersättliches Ungeheuer, das dem braven Bürger das mühsam Erarbeitete wegnimmt.

Wagte es ein Finanzminister, dem Parlament eine Steuererhöhung vorzuschlagen, so konnte man überall hören und lesen, er greife den Bürgern in die Tasche. Das tun sonst ja nur Taschendiebe. Und die Assoziation war von denjenigen, die sie in Umlauf brachten, gewollt. Denn das Motto »Mehr Netto vom Brutto« soll die Aufmerksamkeit derer, die nur ihre Arbeit zu verkaufen haben, von gerechten Löhnen auf die viel zu hohen Steuern lenken, die der gierige Staat ihnen abpresst. Daher gilt für viele Steuerflucht oder Steuerhinterziehung als verständliche Reaktion.

»Das Motto ›Mehr Netto vom Brutto‹ soll die Aufmerksamkeit derer, die nur ihre Arbeit zu verkaufen haben, von gerechten Löhnen auf die viel zu hohen Steuern lenken.«

Die Steuerfunktion der Steuer

Bis in die 70er Jahre war es politischer Konsens, dass man mit Steuern auch tatsächlich steuern konnte, durfte und sollte. Es war eine der wenigen Möglichkeiten, in der Marktwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Mitteln das politisch Nötige oder Erwünschte zu erreichen. Die Marktradikalen jedoch wollen gar nicht steuern, da nach Ihrer Vorstellung der Markt immer klüger ist als die Politik.

Dabei steuert jede Steuer, ob wir es wollen oder nicht, fragt sich nur: wohin. Nicht überall ist dies so einsichtig wie bei der Tabaksteuer, deren Erhöhung von Ärzten immer wieder gefordert wurde. Ökosteuern sollen das ökologisch Schädliche besteuern und damit das ökologisch Unbedenkliche oder gar Nützliche – relativ – preiswerter machen. Ferdinand Lasalle hatte durchaus Recht, als er argumentierte, direkte Steuern, zumal für Betuchte, seien sozial gerechter als die indirekten Verbrauchssteuern, die vor allem von denen zu berappen sind, die ohnehin wenig haben. Das gilt übrigens auch heute noch, auch wenn der Anteil des absolut Lebensnotwendigen, wie etwa Essen und Trinken, an den Gesamtausgaben eines Arbeiterhaushalts heute im Vergleich deutlich geringer ist. Natürlich kann man mit den Tarifen der Einkommenssteuer den sozialen Ausgleich fördern – oder vernachlässigen. Dabei kommt es gar nicht darauf an,

was die Regierung behauptet, mit ihren Tarifen erreichen zu wollen. Jeder Tarif, jede Steuer besitzt eine Steuerungsfunktion. Insofern ist die marktradikale These, man dürfe nicht mit Steuer steuern, nicht nur von Interessen geleitet, sie ist auch falsch, genauer: nicht redlich.

Natürlich hatte die progressive Einkommenssteuer von Anfang an den Zweck, zum sozialen Ausgleich beizutragen. Vielleicht war sie sogar das wirksamste Mittel dazu. Aber Steuern sollten, so die Marktradikalen, auch nicht in Richtung sozialer Gerechtigkeit steuern, denn sie sollten nicht die Ergebnisse des Marktes verfälschen. Daher predigten sie die »Flat Tax«, also den einen Steuersatz für alle, ganz gleich, ob deren Verdienst nur ein paar Euro über dem Grundfreibetrag liegt oder im zweistelligen Millionenbereich. Ausgerechnet in den Ländern, in denen der Kommunismus implodiert war, ließen sich Regierungen von den Chicago-Boys diese Steuer aufschwätzen. Damit wurde natürlich gesteuert, zugunsten der Reichen, aber immer mit der Versicherung, steuern wolle und dürfe man nicht. Bei dieser Steuer sei ja angeblich die Gleichheit erreicht.

Zu den Zielen der Marktradikalen gehörte auch in Deutschland die Abschaffung der progressiven Einkommenssteuer. Es war der rechtsliberale preußische Finanzminister Johannes von Miquel, der sie im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts eingeführt hatte (das Deutsche Kaiserreich lebte noch von Zöllen und indirekten Steuern). Die progressive Einkommenssteuer setzte sich im 20. Jahrhundert fast überall in Europa durch. In der Bundesrepublik Deutschland galt sie als selbstverständlich. Diskutiert wurde nur, wie steil die Progression sein sollte, zumal als der Computer die Berechnung erleichtert hatte. Wer mehr verdiente, sollte auch einem höheren Steuersatz unterliegen.

Während die Marktradikalen in den USA sich offen gegen diese Steuer aussprachen, wurde ihre Abschaffung in Deutschland als die große Vereinfachung propagiert, und zwar ausgerechnet zu einer Zeit, in der die Einkommen sich »spreizten«, also das Vorstandsmitglied eines Konzerns nicht mehr nur das Zwanzigfache eines Arbeiters, sondern oft mehr als das Zweihundertfache verdiente. Man wollte in zwei Schritten vorgehen: Zuerst sollte eine Steuer mit drei – später fünf – Stufen die Progression ersetzen. Dann sollte die Erleichterung kommen, dass eine Stufe noch viel einfacher sei. Der Versuch scheiterte, da 2005 zu viele Wähler den Braten rochen. Seither war es nur noch die FDP, die mit solch einer Steuerpolitik ihre Klientel bei der Stange halten wollte – und sogar damit scheiterte.

Die progressive Steuer wird also bleiben. Heute tritt ein deutlich zu niedriger Spitzensatz zu früh ein. Also bietet es sich an, die Besteuerung bis zu diesem Spitzensatz von 42 % etwa so zu belassen – vielleicht bei einem höheren Grundfreibetrag –, aber dann die Kurve bis zu einem deutlich höheren Spitzensatz für Millioneneinkommen fortzuführen.

Wenn es darum geht, die Verschuldung abzubauen, ohne wichtige Staatsaufgaben zu vernachlässigen und ohne die Konjunktur durch rigoroses »Spa- ren« abzuwürgen, dann bietet sich dafür auch eine Finanztransaktionssteuer an. Natürlich wäre es ideal, wenn dabei auch die USA und Großbritannien mitgespielen. Aber wenn einmal eine Gruppe von Staaten vorangeht, wird dies in der öffentlichen Meinung der anderen nicht ohne Wirkung bleiben.

Weil Steuern immer steuern, werden sie auch immer zu Machtfragen. Das gilt auch für die Transaktionssteuer. Es ist nicht anzunehmen, dass jemals ein von lupenreinen Marktradikalen dominiertes Land diese Steuer einführt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Staaten, die auf diese Weise die Spekulation wenigstens bremsen und ihre Budgets sanieren wollen, deshalb für das global agierende Kapital uninteressant werden, ist gering.

Noch als 1970 ein SPD-Parteitag eine Steuerreformkommission einsetzte, die ein Gesamtkonzept für die Bundesrepublik erarbeiten sollte – und dies auch tat –, musste diese Kommission nicht vor jeder Entscheidung fragen, wie es die Nachbarn oder gar entlegene Steueroasen mit dieser Steuer hielten. Wenn heute ein Finanzminister von »konkurrenzfähigen Unternehmenssteuern« redet, meint er Steuern, die, verglichen mit denen anderer Staaten, Investitionen eher anziehen als abstoßen. Global agierende Konzerne können sich in Ruhe ausrechnen, ob eine Investition eher in Brasilien, Malaysia, Südafrika oder Deutschland höhere Gewinne verspricht. Dabei stellen die Unternehmenssteuern sicher nur einen von vielen Posten dar, der in ihre Rechnung eingeht, jedoch nicht den unwichtigsten. Ein Land mit modernster Infrastruktur, gut ausgebildetem Personal, hoher Arbeitsdisziplin und einer funktionierenden Verwaltung kann sich höhere Unternehmenssteuern eher leisten als ein Land, das all dies nicht vorzuweisen hat. Das zeigt sich etwa in Skandinavien. Aber wirklich souverän, das heißt ausschließlich nach Gesichtspunkten der Gerechtigkeit innerhalb eines Nationalstaats, kann kein Parlament mehr entscheiden.

»Der Primat der Politik über die Ökonomie ist jedoch nur noch europäisch zu haben.«

Umso wichtiger wird eine gemeinsame Steuerpolitik der gesamten Europäischen Union, keineswegs nur der Eurozone. Für eine lange Übergangszeit kann sie darin bestehen, für die Mehrwertsteuer, die Unternehmenssteuern, die Einkommenssteuer, die Besteuerung von Vermögen und vor allem für die Kapitalertragssteuer Ober- und Untergrenzen einzuführen. Das könnte den ruinösen Wettbewerb zwischen den EU-Staaten beenden, der zur Überschuldung mehr beigetragen hat als überbordende Sozialpolitik. Und es könnte das global agierende Kapital vor die Frage stellen, ob dieses es sich wirklich leisten kann, auf seine Gewinnchancen auf einem riesigen Markt mit hoher Kaufkraft zu verzichten, nur weil ihm die Steuern nicht passen. Der Primat der Politik über die Ökonomie ist jedoch nur noch europäisch zu haben.

Steuern verbessern die Lebensqualität aller

Wer die Finanznot der Gemeinden mildern, wer aus einer kalten Erfolgsgesellschaft eine Gesellschaft machen will, in der sich die Leistung eines jeden und einer jeden lohnt, wer überdies Solidarität nicht für eine sentimentale Neigung naiver »Gutmenschen« hält, auch wer von der Bildungsrepublik Deutschland schwärmt, wird dazu eine Steuerquote brauchen, die etwa zwei Prozentpunkte über der gegenwärtigen liegt. Er muss dies begründen, und er kann es auch, offensiv und in bewusstem Gegensatz zu dem, was in den letzten beiden Jahrzehnten die mehr oder minder seriösen Interessengruppen propa-

giert haben, die sich als Vertretung der Steuerzahler ausgeben. Steuerzahler sind auch die Eltern der Kinder, denen gelegentlich Gips von der Decke auf die Schulbank rieselt oder der Studenten, die froh sind, wenn sie in der Vorlesung dicht gedrängt auf dem Fußboden sitzen können. Steuerzahler sind die Autofahrer, die, zumal in den Kommunen, über Straßen fahren, die jedes Jahr holpriger werden.

Diesen Steuerzahlern, die ja auch Citoyennes und Citoyens sind, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, und denen auch das gemeine Wohl etwas bedeutet, diesen Steuerzahlern müssen wir sagen: »Steuern sind keine Schikane,

**»Steuern sind keine
Schikane, die sich
Bürokraten ausgedacht
haben.«**

die sich Bürokraten ausgedacht haben. Mit diesen Steuern kaufen wir alle gemeinsam, was wir alleine mit unserem Geld gar nicht kaufen könnten: ordentliche Straßen und Gehwege, eine Justiz, die durch ein für alle geltendes Recht den Kampf aller gegen alle verhindert, eine gut ausgebildete – und meist sehr höfliche –

Polizei, die das Recht notfalls durchsetzt. Mit den Steuern errichten wir uns die – manchmal sogar schönen, hellen, anheimelnden – Schulen, in die unsere Kinder und Enkel gerne gehen, die Kindergärten und Kitas, in denen unsere Kinder gut aufgehoben sind. Wir bezahlen die Erzieher und Lehrerinnen, die wir uns alleine niemals leisten könnten. Und wir bezahlen sogar eine Versicherung, die Sicherheit nämlich, dass, auch wenn privat alles schiefgeht, dieser Staat uns nicht verhungern lässt.

Wir könnten sogar unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auffordern, darüber nachzudenken, ob das, was wir alleine eben nicht kaufen können, nicht manchmal wichtiger und nötiger ist als das, was wir im Supermarkt auf den Karren packen.

Schon vor 34 Jahren, 1978, hat der Amerikaner Fred Hirsch darauf hingewiesen, dass es auch soziale Grenzen des privaten Wohlstands gibt. Er argumentierte: Wenige können in kleinen Vorstädten die Vorteile einer Stadt mit denen ländlicher Umgebung verbinden. Millionen können es nicht. Wenn die Vorstädte ausufern, wird der Weg in die Stadtmitte weiter und beschwerlicher, Wald und Wiesen rücken in die Ferne. Hirsch kam zu dem eingängigen Fazit: »Wenn alle auf den Zehenspitzen stehen, sieht keiner besser.« Hinzuzufügen wäre: »Wenn alle gemeinsam ein Stadion bauen, sehen alle besser.« Alle können sich niemals einen eigenen Swimmingpool leisten. So viel Wasser haben wir nicht, auch nicht so viel Platz. Aber zusammen, als Gemeinde, können wir ein ordentliches Schwimmbad bauen und unterhalten. Kurz: Was wir nicht auf dem Markt kaufen können, wird nicht weniger, sondern mehr. Daher werden Steuern in einer relativ reichen Gesellschaft nicht überflüssig. Sie werden wichtig für unsere Lebensqualität. ■